

Bernd Brackmann

Ausgehöhlte »Mitte« und »äußerer Rand«

Die politischen Parteien vor und nach der Corona-Krise

Durch die Corona-Krise hat sich nicht nur das gesellschaftliche Leben, sondern auch unser parlamentarisches System verändert. Denn die weitreichende Übertragung von Kompetenzen auf die Exekutive, insbesondere die deutlich ausgeweiteten Befugnisse des Bundesgesundheitsministers (der gegenwärtige ist ein gelernter Bankkaufmann), und die verfassungsrechtlich fragwürdigen Entscheidungen, welche die Kanzlerin mit den Ministerpräsidenten der Bundesländer getroffen hat, haben eher zur Erosion als zur Konsolidierung des Systems beigetragen. Die Bevölkerung scheint diese quasi-monarchische Herrschaft aber größtenteils akzeptiert zu haben, nur ein kleiner Teil sieht das kritisch und rebelliert dagegen. Die CDU/CSU als Hauptregierungspartei mit Kanzlerbonus hat in den Umfragen deutlich gewonnen, während die Oppositionsparteien tendenziell eher verloren haben, nachdem sie sich teils ablehnend, teils zustimmend zu den Regierungsmaßnahmen positionierten. Welche weiteren Entwicklungen zeichnen sich ab?

Bisher war die Politik geprägt von einem deutlichen Feindbildaufbau der etablierten Parteien gegenüber den »äußeren Rändern«, den Extremen von »rechts« und »links«. Was bedeuten diese Bezeichnungen (heute) eigentlich? »Politische Einstellungen werden häufig vergrößernd als rechts oder als links bezeichnet. Die Unterscheidung soll auf die Sitzordnung in der französischen Abgeordnetenversammlung von 1814

zurückgehen. Dort saßen – vom Präsidenten aus gesehen – auf der rechten Seite diejenigen Parteien, die für den Erhalt der gegenwärtigen politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse eintraten. Auf der linken Seite saßen diejenigen Parteien, die eine Änderung der politischen und sozialen Verhältnisse anstrebten.«¹

Man könnte bei »rechts« und »links« also zunächst auch von konservativ und fortschrittlich sprechen oder es, etwas zugespitzt, so formulieren: Mit »rechts« verbindet man Haltungen und Eigenschaften wie nationalistisch oder völkisch, patriarchalisch, wehrhaft, traditionsverhaftet, autoritär; mit »links« solche wie internationalistisch, kosmopolitisch, sozialistisch, friedensorientiert, umweltfreundlich. Das Freiheitsideal der einen Seite wird von der Gegnerschaft vorrangig als Mittel zur Bewahrung von Vorrechten und (wirtschaftlicher) Ellenbogenfreiheit, das Gleichheitsideal der anderen als Gleichmacherei gedeutet. Diese Urteile werden dann als Feindbilder verabsolutiert: »rechts« ist heute gleichbedeutend mit Rassismus, Ausgrenzung, Gewaltbereitschaft usw.; als »links« gilt alles, was auch nur entfernt sozial ist – so spricht man etwa schon bei den marginalen Ansätzen der SPD zur Verbesserung der Altersrenten von einem »Linksruck« der Partei, oder ganz allgemein von einer »Sozialdemokratisierung« der CDU/CSU, die niemals stattgefunden hat. Die Begrifflichkeiten werden also gleichzeitig zugespitzt und verwaschen, denn wir fin-

die Drei 7-8/2020

den in vielerlei Hinsicht auch bemerkenswerte Wandlungen und Überschneidungen trotz gegensätzlicher Programmatik. In den bürgerlichen Parteien hat das Bekenntnis zum Kapitalismus den klassischen Wertekonservativismus weitgehend verdrängt, für den fast nur noch die AfD einsteht. Die Linke und die AfD befürworten beide eine Annäherung an Russland; treten für Volksabstimmungen ein und wollen die Macht der EU begrenzen. Gemeinsamkeiten der Linken und der kapitalistisch orientierten Parteien wiederum sind der Internationalismus und die (bedingte) Offenheit für die Aufnahme von Zuwanderern, wenn auch aus verschiedenen Gründen. Die neoliberale Wirtschaftspolitik der Parteien der »Mitte« wiederum wird auch von der AfD propagiert.

Als Scheingarantie für eine stabile Basis der Politik hat sich das Ideal der »Mitte« (repräsentiert durch CDU/CSU, SPD, FDP und Grüne) herausgebildet, dessen positive Seite die Abneigung gegen eine nationalistische Gesinnung ist, zu der sich allerdings auch die Linke bekennt, weshalb sie in dieser Hinsicht als demokratische Partei akzeptiert wird. Diese Tendenz ist erwachsen aus den schrecklichen Erfahrungen des Dritten Reiches und aus Werten, von denen man prinzipiell die besseren Impulse für die Weltentwicklung erwartet, die aber oft auch von wirtschaftlichen Interessen durchsetzt sind: die Verständigung über alle Landes- und anderen Grenzen hinweg, die Vermehrung des Wohlstandes durch die Globalisierung usw. Hieraus erwächst die Ablehnung der AfD und der nationalistisch orientierten Parteien anderer Länder, die in der Behauptung gipfelt, diese seien Feinde der Demokratie. Zentrale Anliegen der AfD sind in der Tat rassistisch und verwerflich² – gleichwohl entdeckt man in ihrem Parteiprogramm auch Forderungen, die den Parteien der »Mitte« ganz gut anstünden, so z.B. Volksabstimmungen nach Schweizer Vorbild, Beschränkung der Parteienmacht, Verkleinerung des Bundestages, Begrenzung der Amtszeit von Politikern und einiges mehr.

Solche Positionen sind eigentlich ein Affront gegen die etablierten Parteien, doch findet sich im Parteiprogramm der AfD unter der Rubrik

›Schlanker Staat für freie Bürger‹ dann auch folgende Positionsbestimmung: »Wir glauben nicht an die Verheißungen politischer Ideologien oder an die Heraufkunft eines besseren, eines ›Neuen Menschen‹. Eine Geschichtsphilosophie, die von einer Höherentwicklung der individuellen menschlichen Moral ausgeht, halten wir für anmaßend und gefährlich.«³ So ignoriert die AfD den Strom weltweit über alle Partei-, Gruppen-, Landes- und andere Grenzen hinweg wachsender Solidarität, Verantwortlichkeit und Hilfsbereitschaft. Das Grunddefizit der AfD – wie auch der meisten anderen Parteien – ist ein fehlendes Interesse am Werdewesen des Menschen, unter »Entwicklung« versteht man vor allem Wirtschaftswachstum. Daher ist es auch kein Wunder, dass sich bei der Wahl des Ministerpräsidenten in Thüringen vorübergehend eine Koalition aus AfD, CDU und FDP bildete – zwischen diese Parteien passt in der genannten Hinsicht kein Blatt.

Der Extremismus der »Mitte«

So geht einerseits die Hoffnung vieler Menschen auf Rettung durch eine Stärkung des Nationalen ins Leere, weil die entsprechenden Politiker doch systemtragend bleiben. Andererseits verkennen Anhänger der »Mitte«, dass nicht allein »rechte« Abirrungen dem eigentlich Menschlichen zuwiderlaufen, sondern auch viele Handlungen und Einstellungen anderer, als gemäßigt geltender Parteien, die Empathielosigkeit bis hin zur Feindseligkeit gegenüber den unterschiedlichsten Menschengruppen offenbaren. Hier einige Beispiele:

- In einer Regierungsbroschüre des SPD-Wirtschaftsministeriums aus dem Jahre 2005 mit dem Titel ›Vorrang für die Anständigen – gegen Missbrauch, »Abzocke« und Selbstbedienung im Sozialstaat‹ hieß es in Bezug auf Arbeitslose: »Biologen verwenden für Organismen, die zeitweise oder dauerhaft zur Befriedigung ihrer Nahrungsbedingungen auf Kosten anderer Lebewesen – ihrer Wirte – leben, übereinstimmend die Bezeichnung Parasiten.«⁴ Somit wurden Arbeitslose pauschal als

schmarotzende Arbeitsverweigerer denunziert. Auch die FDP beurteilt Arbeitslose ganz in diesem Sinne, und in der AfD wird überlegt, das Wahlrecht für Empfänger von Transferleistungen einzuschränken.⁵

- Im November 2019 entschied das Bundesverfassungsgericht, dass ›Hartz IV‹-Sanktionen bis hin zum völligen Leistungsentzug, die schon seit vielen Jahren praktiziert wurden, der Wahrung der Menschenwürde sowie dem Sozialstaatsprinzip und damit dem Grundgesetz widersprechen. Eine angemessene Selbstreflexion oder gar eine Entschuldigung gab es von den dafür verantwortlichen Parteien nicht.
- Im Zuge der Austeritätsmaßnahmen musste Griechenland auf Geheiß der Troika (Internationaler Währungsfond, Europäische Zentralbank und Europäische Kommission) »40 Prozent aller Krankenhäuser schließen, die Hälfte der 6.000 Ärzte in den öffentlichen Polikliniken wurde entlassen. Drei Millionen Menschen, ein Viertel der Bevölkerung, erhalten seither keine medizinische Versorgung, weil sie mit ihren Jobs auch ihre Krankenversicherung verloren.«⁶ Unzählige Menschen schieden freiwillig aus dem Leben, erkrankten psychisch oder gaben ihre Kinder, die sie nicht mehr ernähren konnten, in Heime. Federführend bei diesen Maßnahmen waren Angela Merkel und Wolfgang Schäuble.

Bekanntnisse zu Demokratie und Menschenrechten werden dadurch substanzlos. Abgesehen von diesen einzelnen Aspekten wurde die Entwicklung zu der schon vor der Corona-Krise gesamtgesellschaftlich belasteten Atmosphäre und damit auch zum Erstarken »rechts« orientierter Kräfte geprägt durch die Propagierung einer alles überrollenden Globalisierung im Sinne der Gewinnsteigerung großer Unternehmen; eine unfreie Haltung Deutschlands gegenüber US-amerikanischen Forderungen; eine Flüchtlingspolitik ohne Vorausschau und Konzept und ohne Bemühen um einen intensiveren Dialog mit der Bevölkerung, der dringend erforderlich gewesen wäre; zunehmende Armut und eine Erosion der gesellschaftlichen »Mitte«

durch Angst vor Verlust der sozialen Stellung bei den Betroffenen; die von vielen Seiten gepflegte Respektlosigkeit des Westens gegenüber dem Osten Deutschlands; künstlich herbeigerebete Versorgungskonflikte zwischen Alt und Jung; verschiedene Betrügereien in der Politik wie Lobby-Verbindungen, gefälschte Dissertationen und Biografien usw.; die durchgehende Propagierung des Menschenbildes eines *homo competitivus* bzw. *oeconomicus* – und das alles mit dem ständigen Verweis auf angebliche Alternativlosigkeit. Alles das sind Folgen der zugespitzten Politik der »Mitte«, die daher eigentlich als extrem zu bezeichnen ist und kaum mehr Sicherheit in irgendeiner Hinsicht bietet als die Parteien an den »Rändern«.

Verbunden mit den falschen Wesen

Nun hat sich während der Corona-Krise einiges in der Positionierung der Parteien und in deren Verhältnis zueinander geändert. Als Kritiker der *Lockdown*-Maßnahmen und Verfechter der bürgerlichen Freiheiten treten die FDP und – etwas schwankend – die AfD auf, während die Linke die Regierungspolitik weitgehend unterstützt. Die Linke sieht hier vor allem den Schutz der Schwächeren gewährleistet, übersieht aber z.B. die Notlage der Kleinunternehmer und die verfassungsrechtliche Fragwürdigkeit mancher Maßnahmen. Rutscht sie also in die angebliche »Mitte« und blendet die Gefahr einer Aushöhlung des Rechtsstaates aus – zumal sie in der Regierungsverantwortung in Berlin mit der Privatisierung der S-Bahn genauso neoliberal agiert wie die meisten anderen Parteien? Und rücken andererseits AfD und FDP doch näher zusammen?⁷ Diese Fragen lassen sich noch nicht definitiv beantworten, aber infolge einschneidender Ereignisse wie einer Pandemie können immer mehr Möglichkeiten zu spontaner Übereinstimmung oder Konfrontation und damit mehr Unsicherheiten und weitere schnelle Wechsel entstehen.

All diese Verhältnisse sind – im tiefsten Sinne – ungesund, und nach der Corona-Krise, mit all den tieferen Fragen nach Ursachen von Infektionen sowie der Glaubwürdigkeit der Wis-

senschaft und ihrer Abhängigkeit von Politik und Geldgebern, stehen wir einem noch umfassenderen Problemzusammenhang gegenüber. Es wird offensichtlich, dass zur Beurteilung politischen bzw. gesellschaftlichen Handelns keineswegs die Kategorisierungen »rechts« und »links« oder »Mitte« ausschlaggebend sind. Parteien können ihre Programme nach Bedarf interpretieren, abwandeln oder auch missachten; ideologische Schwerpunkte und extreme Haltungen werden entweder massiv verteidigt oder treten bei entsprechender Machtoption und einschneidenden Ereignissen in den Hintergrund. Die notwendige Kritik an den Parteien findet bei Rudolf Steiner noch eine spirituelle Vertiefung: »Sie erleben es heute, daß Sie hineinwachsen in eine Welt, in der es unter vielem andern, auf sozialem Felde zum Beispiel, Parteien gibt, liberale, konservative und alle möglichen andern Parteien. Die Menschen schlafen gegenüber dem, was diese Parteien sind. [...] Aber alles, was äußerlich in der physischen Welt lebt, ist immer das Abbild, der Abglanz dessen, was in der geistigen Welt als eine Realität intensiverer Art vorhanden ist. [...] In der geistigen Welt gibt es keine Abstraktionen, und die Parteien stehen in der Abstraktion. Da oben gibt es nur Wesen. Da oben kann man sich nicht zu einem Parteiprogramm bekennen, sondern da kann man Anhänger dieses oder jenes Wesens, dieser oder jener Hierarchie sein. [...] Und wenn Sie die beiden Hauptkategorien der Parteien, konservativ und liberal, nehmen, so ist es so, daß die konservative Partei ein Programm hat, die liberale Partei ein Programm hat; aber wenn man hinaufsieht, wovon das der Abglanz ist, dann zeigt sich: Ahrimanisches Wesen schattet sich hier [...] im Konservativen ab, luziferisches Wesen schattet sich hier ab im Liberalen. Hier läuft man einem konservativen oder einem liberalen Programm nach, oben ist man Anhänger von einem ahrimanischen Wesen irgendeiner Hierarchie oder einem luziferischen Wesen irgendeiner Hierarchie.«⁸

Heute müsste man auf jeden Fall die sozial orientierten Parteien in eine solche Betrachtung hineinnehmen, denn »konservativ« und »liberal« sind inzwischen in vieler Hinsicht keine

Gegensätze mehr, wie die häufigen Koalitionen zwischen Christdemokraten und Freien Demokraten zeigten. Dennoch bleibt Steiners Grunderkennntnis wegweisend. Die meisten Parteien zeigen, trotz einzelner akzeptabler Programmpunkte, keine wirkliche Nähe zu jenem Wesen, das für die Menschen die substanzvolle und tragfähige Mitte im Leben bildet und in dem allein ein Ausgleich aller Einseitigkeiten zu finden wäre. Wenn sich aber etwas zum Positiven ändern soll, sind vor allem Impulse der Freiheit und des Handelns aus der geistigen Mitte für das gesellschaftlichen Wirken erforderlich. Noch prägen sie bei Weitem nicht das Geschehen, aber es gibt Beispiele für eine punktuelle Annäherung daran und für Akzente echter Demokratisierung und Verständigung.

Mut zur individuellen Verantwortlichkeit

Der Autor Rob Kenius hat Ideen zu einem grundlegenden Wandel des parlamentarischen Systems entwickelt.⁹ Es scheint berechtigt, seine Überlegungen unter den Aspekten der angewandten Freiheit aus der ›Philosophie der Freiheit‹ darzulegen. Als *moralische Intuition* des Autors präsentiert sich folgende Idee: Der einzelne Bürger darf im Politischen nicht auf das Kreuzchen-Machen reduziert werden, politische Teilhabe und Mitbestimmung muss durchgängig möglich sein. Daraus erwächst *moralische Fantasie*: Die parlamentarische Demokratie entspringt Zeiten, in denen die äußeren Umstände (wie geringe Informationsmöglichkeiten, weite Wege etc.) allen Einzelnen eine durchgehende Teilnahme unmöglich machten, was aber bei günstigeren Umständen auch geändert werden kann. In der Schweiz finden etwa viermal pro Jahr Volksabstimmungen zu ungefähr zehn Fragen statt – warum sollte dieses Modell nicht auch von Deutschland übernommen oder sogar erweitert werden? Die Digitalisierung liefert heute alle Bedingungen für eine umfassende und ständige Beteiligung aller Bürger, Voraussetzung ist allerdings der permanente Zugang zu den neuen Medien. Als *moralische Technik* präsentiert sich eine genaue Bestimmung des Verfahrens, d.h. der Informati-

on in und Beteiligung an Diskussionsforen; des Umfangs und der Steuerung der Diskussionsbeiträge; der Schaffung von Identität statt Anonymität; der Abstimmungsmodalitäten wie z.B. der zeitlichen Begrenzung von Mitbestimmung und Entscheidung usw. Hier legt der Autor ein bis ins Detail gehendes Konzept vor.

Könnte dessen Befolgung bei allen Bürgern zu Entscheidungskompetenz führen? Sicher nicht weniger als bei den Parlamentsmitgliedern, bei denen sie keineswegs automatisch gegeben ist. Die im Bundestag überwiegenden Berufsgruppen sind Juristen, Wirtschafts- und Politikwissenschaftler sowie Lehrer – bei Volksabstimmungen wäre die Mischung mit Sicherheit nicht unausgewogener. Und leider kann man als arrivierter Parteipolitiker auch ohne Qualifikation fast jedes Ministeramt übernehmen und es schnell wieder gegen das nächste austauschen. Zudem werden trotz offensichtlicher Kompetenzdefizite der Abgeordneten qualifizierte Beratungen von Experten, die dem Bundestag in großer Anzahl zur Verfügung stehen, gern überhört.¹⁰ Durch die Corona-Krise wurde deutlich, dass man durch eine viel zu enge Auswahl von Beratern keinen Überblick über geeignete Maßnahmen, mögliche Entwicklungen und nachteilige Folgen gewinnen konnte.

Im Umfeld der Thüringen-Wahl war eine bedeutende Frage, ob die Landes-CDU eine Minderheitsregierung des bisher amtierenden und bei der Bevölkerung relativ beliebten linken Ministerpräsidenten Bodo Ramelow auch gegen den Wunsch der Bundes-CDU akzeptieren und bei einzelnen Projekten unterstützen würde. Dazu sagte der Eichsfelder CDU-Landrat Werner Henning: »Im Landkreis Eichsfeld erwartet man von der CDU, gesellschaftlicher Ausdruck eines christlichen Weltempfindens zu sein. Ein Christ ist bemüht, sich nicht über Gebühr in Bildern von Feindseligkeit gefangen nehmen zu lassen. Ich möchte frei bleiben, jeden so zu nehmen, wie er sich zeigt. Und nicht die Menschen nach vorgefassten Mustern von Parteitagsbeschlüssen in Berlin zu bewerten.«¹¹ Diese Sätze sind fast eine Sensation, denn sie entspringen nicht dem bekannten Abwägen der Chancen auf Machterhalt oder einer Unterwürfigkeit unter »höhere« Anordnungen, sondern einer freien, individuell verantworteten und zukunftsweisenden Haltung. Hoffen wir, dass derartig freigeistige Ideen und eine Verantwortlichkeit entgegen aller verordneten Abgrenzung das politische und damit das gesellschaftliche Leben zunehmend prägen. Wann, wenn nicht jetzt, wäre die Zeit dazu gekommen?

1 www.bpb.de/nachschlagen/lexika/pocket-politik/16547/rechts-links-schema

2 Lehrreich ist in dieser Hinsicht die Analyse des Buches »Nie zweimal in denselben Fluß: Björn Höcke im Gespräch mit Sebastian Hennig« (Berlin 2018) in www.zeit.de/politik/deutschland/2019-10/rechtsextremismus-bjoern-hoecke-afd-fluegel-rechte-gewalt-faschismus/komplettansicht

3 https://cdn.afd.tools/wp-content/uploads/sites/111/2018/01/Programm_AfD_Druck_Online_190118.pdf

4 Ulrike Herrmann: »Deutschland, ein Wirtschaftsmärchen. Warum es kein Wunder ist, dass wir reich geworden sind«, Frankfurt a.M. 2019, S. 211.

5 www.fr.de/meinung/afd-sachsen-arbeitslosengeld-bekommt-soll-nicht-waehlen-duerfen-13566657.html

6 Harald Schumann & Ute Scheub: »Die Troika. Macht ohne Kontrolle«, Solothurn 2015, S. 29.

7 Manches weist in diese Richtung, z.B. www.n-tv.de/politik/Lindner-nimmt-sich-ein-Beispiel-an-der-AfD-article21737759.html, und www.neues-deutschland.de/artikel/1062286.datenanalyse-fdp-steht-der-afd-am-naechsten.html

8 Rudolf Steiner: »Geisteswissenschaft als Erkenntnis der Grundimpulse sozialer Gestaltung« (GA 199), Dornach 1985, S. 22ff.

9 Rob Kenius: »Neustart mit Direkter Digitaler Demokratie«, Münster 2017.

10 Der Finanzexperte Dirk Müller, der sich gegenüber der Bundesregierung für die Erhebung einer Finanztransaktionssteuer ausgesprochen hatte, die in erster Linie den gefährlichen Hochfrequenzhandel eindämmen sollte, beklagt sich: »Und was haben sie gemacht? Genau das Gegenteil. [...] Es kommt eine Finanztransaktionssteuer, die ausschließlich die Kleinanleger trifft. [...] Fachlich ist das eine Katastrophe!« – www.youtube.com/watch?v=tqexOxjV-2o

11 www.freitag.de/autoren/elsa-koester/ramelow-hat-die-linke-liberalisiert